

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

FRAKTION IM RAT DER STADT MEERBUSCH

Bündnis 90 / Die Grünen Meerbusch

**An die Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses
Frau BM Mielke-Westerlage und
den Vorsitzenden des Ausschusses für Planung und Liegenschaften
Herrn Werner Damblon
Ratsbüro
Stadt Meerbusch
40667 Meerbusch-Büderich**

Stellungnahme Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Stadtentwicklungskonzept Meerbusch

Meerbusch, 18. Juni 2017
Jürgen Peters

Sehr geehrte Frau Mielke-Westerlage, sehr geehrter Herr Damblon,
sehr geehrte Mitglieder des Planungsausschusses und des Haupt-Finanzausschusses,

nachfolgend finden Sie die Stellungnahme der Grünen Meerbusch zum Stadtentwicklungskonzept und die sich für uns daraus ergebenden Haltungen in den bevorstehenden Diskussionen.

Das SEK bietet eine umfassende Analyse des Istzustandes der Stadt Meerbusch und sich daraus ableitender Handlungsfelder. Obwohl viele Sachverhalte und Fakten den Fraktionen bereits bekannt sind (oder sein sollten), bietet die kompakte Darstellung eine gute Übersicht über die komplexen Zusammenhänge. Diese Gesamtdarstellung, auch die mit dem Istzustand dargestellten Problemfelder, ist aus Sicht der Grünen sehr gelungen. So beschreibt das SEK deutlich verschiedene Konfliktfelder: ÖPNV, belastende Verkehre (Kfz und Luftverkehr), Wohnraumentwicklung, insbesondere der Mangel an günstigem Wohnraum und Umweltbelastungen. Viele dieser Feststellungen bestätigen umfassend die von den Grünen geäußerte Kritik an früheren Planungszielen.

So sehen wir gleichermaßen die Notwendigkeit,

- bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, dabei insbesondere auf ältere Menschen und Alleinstehende zu achten. Dies ist bevorzugt durch Bestandsentwicklung und verdichtetes Bauen mit einem höheren Anteil an barrierefreiem Geschosswohnraum umzusetzen.

- den Anteil an Rad-, Fuß- und ÖPNV-Verkehren deutlich zu erhöhen und damit den des motorisierten Individualverkehrs zu reduzieren,
- den Natur- und Landschaftsraum zu stärken.

Als problematisch betrachten wir,

- den Widerspruch eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, das ausgehend von gesamtstädtischen Entwicklungszielen, zu dem Schluss kommt, dass die acht Ortsteile „wie Inseln in der freien Landschaft liegen“, jeweils individueller Ziele und Lösungen verfolgen und von der Bevölkerung bevorzugt nur die Entwicklung des eigenen Stadtteils im Fokus ist.
- dass das Stadtentwicklungskonzept deutlich planungslastig ist und andere Entwicklungen, z.B. Soziale Aspekte - ursprünglich der Auslöser für eine Weiterentwicklung des bereits vorhandenen Stadtentwicklungskonzeptes - keine nennenswerte Rolle spielt.
- dass für die genannten und anderen Planungen mit einer absehbaren negativen verkehrlichen Entwicklung keine kritische Bewertung mit entsprechenden Lösungsvorschlägen folgt.

Wir kritisieren zudem,

- dass dem dargestellten Handlungsdruck kaum planerische Lösungsvorschläge folgen, sondern mehrfach auf weitere erforderliche Gutachten, gerne unter Beteiligung entsprechender Planungsbüros, verwiesen wird. All dies löst weitere umfassende finanzielle Anforderungen für die Stadt Meerbusch aus, die, selbst in einer finanzkräftigen Stadt wie Meerbusch, keinesfalls kurz- bis mittelfristig umsetzbar sein dürften, wenn überhaupt. Damit zwangsläufig verbunden ergäbe sich ein langer neuer Planungshorizont, den wir aufgrund drängender Probleme (kostengünstiger Wohnraumbedarf) vom Grundsatz so nicht akzeptieren sollten.
- dass einerseits dem Natur- und Landschaftsraum ein hoher Stellenwert zugemessen, andererseits dem fortschreitenden Flächenfraß (Meerbusch-Mitte, interkommunales Gewerbegebiet) keine kritische Auseinandersetzung gewidmet wird.
So wird sogar mit dem Vorschlag aus dem SEK, das Gebiet zwischen Boverthaus und Strümp baulich zu entwickeln, die mehrfach durch den Rat beschlossene Ablehnung einer solchen Planung ignoriert.
Für das interkommunale Gewerbegebiet, immerhin 72 ha allein auf Meerbuscher Boden (gesamt 124 ha), wird pauschal und ohne erkennbare Darstellung der Grundlagen, die Notwendigkeit einer solchen Planung (die bisher nur aus einer Absichtserklärung besteht) und die positive Wirkung für Meerbusch in den Raum gestellt. Woraus sich diese positive Bewertung ergibt, wo doch vorhandene Gutachten einem Bedarf in diesem Umfang widersprechen, bleibt unklar.
- dass, trotz des hohen und umweltbelastenden Anteils motorisierten Individualverkehrs und der (zwangsläufigen) Forderung nach umweltschonenden Alternativen (Rad, ÖPNV), Maßnahmen zur Beschleunigung des Kfz-Verkehrs vorgeschlagen werden, z.B. mit dem Vorschlag einer schienenfreien Querung an Haus Meer. Dies geschieht erneut ohne Beachtung des politischen Willens, denn eine solche Querung, mit massiven Auswirkungen auf das Landschaftsbild und insbesondere auf das Denkmal Haus Meer, wurde bereits diskutiert und verworfen.

Zum Erfordernis einer weiteren Wohnraumentwicklung möchten wir, unabhängig vom Stadtentwicklungskonzept, welches ja lediglich den Bedarf, jedoch nicht die Ursachen beschreibt, anmerken,

- dass für die Grünen an der Notwendigkeit der Errichtung kostengünstigen Wohnraums grundsätzlich kein Zweifel besteht,
- dass aber andererseits eine solche Entwicklung voraussetzt, dass sie unter dem geringst notwendigen Verbrauch von Fläche erfolgt (verdichtetes Bauen). Die Konzepte der letzten Jahrzehnte, eine Entwicklung mit hohem Flächenverbrauch für Menschen mit gutem Einkommen zu forcieren, hatte u.a.
 - hohen Flächenverbrauch
 - hohe Infrastrukturkosten
 - hohe Nachhaltigkeitskosten
 - Verknappung günstigen Wohnraums
 - starke Verteuerung von Bauland
 - und den Wegzug Menschen mit geringerem Einkommen (junge Menschen, Familien) zur Folge

Der nun prognostizierte weitere Bedarf an insbesondere bezahlbarem Wohnraum für unsere Region, der zum Flächenverbrauch „zwingt“, ergibt sich zu einem hohen Anteil dadurch, dass die Stadt Düsseldorf selbst keine ausreichenden Flächen mehr anbieten kann. Wir halten es für kritikwürdig, dass Düsseldorfer Wohnraumprojekte stark auf Besserverdienende setzen, luxuriöse Komplexe (Belsenplatz, alter Güterbahnhof, Hansaallee) mit großer Wohnfläche entwickelt werden und damit ein steigender höherer Wohnraumdruck bei entsprechender Preisentwicklung entsteht.

Der Blick auf das eigene Handeln

Kritisch betrachten wir, dass zwar die im SEK dargestellten Probleme für alle Meerbuscher Fraktionen nachvollziehbar scheinen, jeweils von allen auch deutlich die Absicht erklärt wird, sich diesen Themen zu stellen und Probleme zu lösen, wenn es aber an die Umsetzung geht, es „ausgerechnet hier und jetzt“ oft nicht passt. Damit droht ein Abrutschen in die alten Handlungsmuster, die uns diese Problemlagen erst verschafft haben: starke Priorität für den motorisierten Individualverkehr mit entsprechenden Belastungen, Ringen um jeden Parkplatz, Ausbremsen des Radverkehrs oder Bauen für Besserverdienende. So können wir leider nicht erkennen, dass alle Fraktionen konsequent hinter den von allen beschlossenen Klimazielen stehen, sich trotz deutlicher Bekenntnisse und weitreichender Beschlüsse für Radverkehrsmaßnahmen einsetzen (siehe Bau-Umweltausschuss am 14.6.2017) oder bauliche Verdichtungen im Innenbereich (siehe SEK) mit angemessenen Wohnangeboten (z.B. für alleinstehende RenterInnen) trotz dringender Notwendigkeit zulassen.

Mit Lippenbekenntnissen lösen wir die Probleme nicht.